

Wie souverän ist die Bundesrepublik?

## Die »Kanzlerakte« doch kein leeres Hirngespinnst?

### **Selbst ein Bundespräsident wußte von nichts!**

»Nichts ist so fein gesponnen, es kommt doch an die Sonnen!«

An diese alte deutsche Volksweisheit erinnert man sich, wenn jetzt enthüllt wird, daß die Bundeskanzler der BRD von Adenauer bis Brandt (wie Egon Bahr berichtet) und danach wohl auch Helmut Schmidt und Helmut Kohl Verpflichtungen unterschrieben haben, die Willy Brandt als »Unterwerfungsbriefe« bezeichnete. Die Sieger des Zweiten Weltkrieges pochten auf ihre unkündbaren Kompetenzen, laut Bahr zumindest bis zur »Wirksamkeit des friedensvertraglichen Zwei-plus-Vier-Abkommens am 15.3.1991.«

Selbst die Bundespräsidenten wußten offensichtlich nichts davon! Richard von Weizsäcker\*) z.B. reagierte laut Bahr »erstaunt«, als er beiläufig davon erfuhr.

Da man in diesem Abkommen aber keine Zeile zur Aufgabe dieser »unkündbaren Kompetenzen« finden kann, ist Frau Merkel aufgefordert, das deutsche Volk endlich über dieses Staatsgeheimnis aufzuklären!

\*) Das war der, der den »politisch korrekten« Parteien und Medien 1985 verordnete, den 8. Mai nur noch als »Befreiung« zu feiern.



### **Jetzt packt er aus!**

Egon Bahr,

geb. am 18.3.1922:

1966-69: Botschafter  
und Leiter des  
Planungsstabes im  
Auswärtigen Amt

1969: Staatssekretär im  
Bundeskanzleramt

1972-74: Bundesminister  
für besondere  
Aufgaben

1974-76: Bundesminister  
für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

1976-81: Bundesgeschäftsführer der SPD und

1972-90: MdB der SPD

Die Enthüllungen des Egon Bahr:

### **»Drei Briefe und ein Staatsgeheimnis«**

Seit Jahren bewegt ein Dokument zur Frage der Souveränität der BRD die Gemüter aller Wahrheitssucher, das in der vorliegenden Form wohl als gefälscht eingeordnet werden muß, das aber offensichtlich einen wahren Kern haben muß, wie Egon Bahr jetzt in der Wochenzeitung »Die Zeit« (Nr. 21, 14.5.2009) enthüllte:

Alle Bundeskanzler von Adenauer über Erhard, Kiesinger bis Brandt mußten Dokumente unterzeichnen, die Willy Brandt laut Bahr empört als »Unterwerfungsbrief« bezeichnete – und dann doch unterschrieb! (siehe Seiten 3 und 4)

### **AUS DEM INHALT:**

- Befreiung oder Unterwerfung S. 3-4
- Verfassungsfeindlicher Verfassungshüter? S. 5
- Ist die Globalisierung unumkehrbar? S. 7-8

## Das offene Wort

### »Staatsgeheimnis«

Mit Schreiben vom 1.6.2009 fragten wir bei folgenden Stellen an:

Bundeskanzleramt, Bundesministerium des Äußeren, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bundesarchiv Koblenz.

*Wie lautet der Text der Briefe an die Alliierten, die den Bundeskanzlern vor oder zu Beginn ihrer Amtszeit zur Unterschrift vorgelegt wurden, in denen sie diese Vorbehalte zustimmend bestätigen mußten, obwohl das Besatzungsstatut schon am 5.5.1955 beendet wurde?*

Bei Redaktionsschluß lagen uns folgende Antworten vor:

#### Bundesarchiv Koblenz:

*»Sehr geehrter Herr Voigt, auf Ihr Schreiben vom 1.6.2009 möchte ich Ihnen mitteilen, daß in dem im Bundesarchiv verwahrten Bestand Bundeskanzleramt (Bundesarchivbestandssignatur B 136) die von Ihnen gesuchten Unterlagen nicht ermittelt werden konnten. [...] Ggf. handelt es sich um Verschlusssachen (VS), die in einer entsprechenden Registratur im Amt vorgehalten werden.«*

#### Presse- und Informationsamt der Bundesregierung:


*»Briefe an die Alliierten, die den Bundeskanzlern vor oder zu Beginn ihrer Amtszeit zur Unterschrift vorgelegt wurden, in denen diese Vorbehalte zustimmend bestätigen.«*

*[Dazu] liegen in unserer Dokumentation keine Briefe vor.«*


#### Keine Antwort ist auch eine Antwort, meint

*Ihre Sabine Möller*

## Wir glauben Ihnen gerne, Frau Merkel, wenn Sie uns aufklären!



Im Auftrag der Bundeskanzlerin  
Thema Innenpolitik

Antwort 

**Re: Mussten Sie diese Kanzlerakte unterzeichnen?**

Sehr geehrter Herr

vielen Dank für Ihre Anfrage, die wir im Auftrag der Bundeskanzlerin beantworten.

Der "geheime Staatsvertrag", den Sie erwähnen, ist dem Reich der Legenden zuzuordnen. Diesen Staatsvertrag gibt es nicht. Und die Bundeskanzlerin musste selbstverständlich auch nicht auf Anordnung der Alliierten eine sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben, bevor sie ihren Amtseid ablegte. Die erbetene kurze Antwort lautet daher: Nein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

[Schreiben auch Sie einen Beitrag](#)

(Aus der Netzseite »www.direktzurkanzlerin.de«, zuletzt abgerufen am 2.6.2009)

### Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Wenn man sich an Worten festhält, ist es leicht, eine Antwort zu formulieren, ohne zu antworten.

Es mag ja sein, daß es keinen »geheimen Staatsvertrag« mit den Alliierten gab oder gibt, denn am 21.5.1949, dem angeblichen Zeitpunkt des Vertrages, gab es noch keinen Staat Bundesrepublik Deutschland.

Es mag ebenso sein, daß es keine dicke »Kanzlerakte« gab oder gibt, denn ein Schriftstück muß keine sogenannte »Akte« sein.

Beide Fragen können Sie also unbedenklich mit »nein« beantworten, ohne die Unwahrheit zu sagen.

Und zu der dritten immer wieder gestellten Frage, warum die aus Sicherheitsgründen seit Zeiten des kalten Krieges und der damaligen Kriegsgefahr in den USA lagernden deutschen Goldreserven immer noch nicht zurückgeholt worden sind, nehmen Sie vorsichtshalber gar keine Stellung.

Um Ihre Glaubwürdigkeit zu untermauern, sollten Sie, statt sich auf Worte und Begriffe zu beziehen, den Hintergrund der Anfragen aufklären:

Im Genehmigungsschreiben vom 12.5.1949 verkündeten die Alliierten das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts zu dem Zeitpunkt, an dem das Grundgesetz verabschiedet und eine Regierung errichtet sein würde.

Dieses Besatzungsstatut endete am 5.5.1955 mit der »Proklamation der Alliierten Hohen Kommissare über die Beendigung des Besatzungsstatutes« und der »Proklamation der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Tag der Souveränität«.

#### Willy Brandt wurde aber ganze 14 Jahre später, im Herbst 1969 Bundeskanzler!

Wie also lautet der Text des Bestätigungsschreibens, den Ihre Vorgänger unterzeichnen mußten und das Willy Brandt als »Unterwerfungsbrief« bezeichnete?

## ZUM WEINEN

**»Wahrheit ist eine widerliche, aber wirksame Arznei.«**

*August von Kotzebue  
(1761-1819)*

# Befreiung oder Unterwerfung? Die »Kanzlerakte« – Hinweis eines Wissenden?

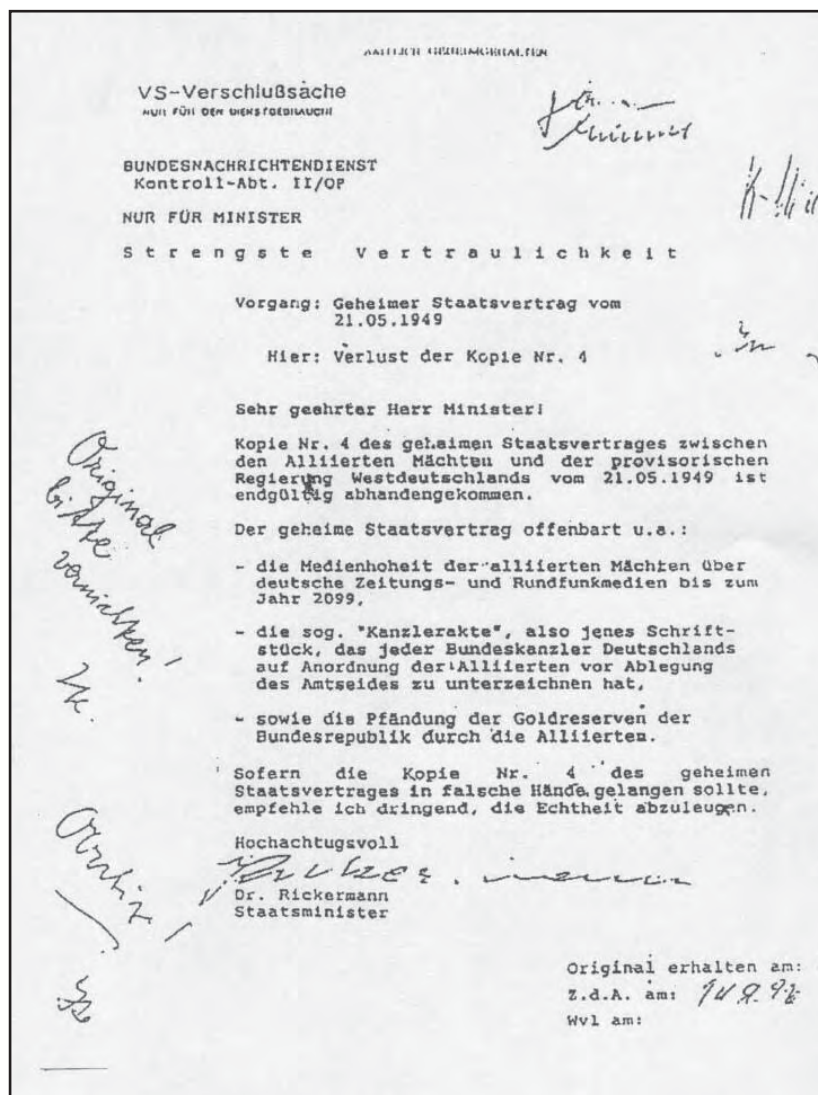
In der UN-Ausgabe 9/1999 veröffentlichten wir unter allem Vorbehalt des Wahrheitsbeweises ein Dokument, das von einer geheimen »Kanzlerakte« berichtete. Auch ein hoher Militär, der Generalmajor der Bundeswehr a.D. Gerd H. Komossa, wies acht Jahre später (vgl. UN 12/2007) auf dieses Dokument hin, in dem die Existenz eines »geheimen Staatsvertrages« mit den westalliierten Siegern des Zweiten Weltkrieges behauptet wird (rechts verkleinert abgebildet).

In der Tat deutete einiges darauf hin, daß Zweifel an der Echtheit der angeblichen »VS-Verschlusssache« aufkommen mußten, da ein »Staatsminister Dr. Rickermann« in keinen Dateien und Archiven aufzufinden war. Selbst Zeitschriften wie die »Junge Freiheit« (JF vom 18.1.2008: »Ein Windei von Verschwörungstheoretikern«) und die »Nationalzeitung« (11.1.2008) bewerteten das Papier als eine Fälschung.

Es deutet aber vieles darauf hin, daß ein Wissender, den das Gewissen plagte, anonym diesen Weg wählte, sein Wissen über den Inhalt eines geheimen Verpflichtungsvertrags mit diesem offensichtlich »erfundene« Papier öffentlich zu machen. Was die Bundeskanzler unterschreiben mußten, war und ist bis heute nicht bekannt. Daß sie etwas unterschreiben mußten, hat Egon Bahr jetzt enthüllt.

## Die Kanzlerakte: Ein Reich der Legenden?

Seit Jahren antworteten auf vielfache Anfragen das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit einem gleichlautenden, abgestimmten Text. Hier ein Beispiel:



**»Der geheime Staatsvertrag ist dem Reich der Legenden zuzuordnen. Diesen Staatsvertrag gibt es nicht. Und die Bundeskanzlerin mußte selbstverständlich auch nicht auf Anordnung der Alliierten eine sogenannte „Kanzlerakte“ unterschreiben, bevor sie ihren Amtseid ablegte. Die erbetene kurze Antwort lautet daher: Nein.**

**Mit freundlichen Grüßen, im Auftrag gez. Prof. Dr. Stefan Pieper, Referat Verfassung und Recht beim Bundespräsidialamt, Berlin, 29. Januar 2008.**

Eine unbestrittene Tatsache ist aber, daß Wahlsieger bis zu Gerhard Schröder 1998 mit seinem vorgesehenen Vize »Joschka« Fischer noch **vor** statt **nach** ihrer Ernennung und vor ihrem Amtseid nach Washington reisten, um sich vorzustellen, ohne daß man erfuhr, ob und was verabredet oder unterschrieben wurde. Einen Hinweis auf sein Geheimwissen gab lediglich der vormals als Straßenkämpfer bekannt gewordene Herr Fischer:

**»Wenn die Mehrheiten sich verändern, mag es eine andere Koalition geben. Aber es wird**

**keine andere Politik geben. Dazu steht zuviel auf dem Spiel. Das wissen alle Beteiligten»** (vgl. UN 9/1999).

Jetzt endlich enthüllte ein von 1966 bis 1990 maßgeblicher Politiker sein Wissen über ein Staatsgeheimnis.

Egon Bahr plauderte in der Wochenzeitung »Die Zeit« (14.5.2009) aus dem Nähkästchen (Auszüge):

### **»Drei Briefe und ein Staatsgeheimnis«**

Unter dieser Überschrift und dem Aufmacher **»Herbst 1969: Bundeskanzler Willy Brandt wird ein Schreiben vorgelegt. Erst weigert er sich, es zu unterzeichnen – dann tut er es doch«** erzählt der langjährige führende SPD-Politiker u.a.:

*»Es war an einem der ersten Abende im Palais Schaumburg, nachdem Willy Brandt dort eingezogen war. (...) Ich brachte Brandt meinen Entwurf für einen Brief an seinen sowjetischen Kollegen Kossygin (...). Brandt war wichtiger, zu berichten, was ihm „heute passiert“ war. Ein hoher Beamter hatte ihm drei Briefe zur Unterschrift vorgelegt. Jeweils an die Botschafter der drei Mächte – der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens – in ihrer Eigenschaft als Hohe Kommissare gerichtet.*

*Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Verfügungshoheit verstanden. Das galt sogar für den Artikel 146, der nach der deutschen Einheit eine Verfassung anstel-*



**»Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben Auftrag von den Alliierten«**

Konrad Adenauer; zitiert nach Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim in »Die Deutschlandakte«, S. 17

*le des Grundgesetzes vorsah. Artikel 23 zählte die Länder auf, in denen das Grundgesetz „zunächst“ gelten sollte, bis es in anderen Teilen Deutschlands „nach deren Beitritt“ in Kraft zu setzen sei. Diese Vorwegnahme der Realität im Jahre 1990 konnten die Drei 1949 weder genehmigen noch ahnen. (...)«*

### **BRANDT ZWISCHEN AMTSEID UND UNTERWERFUNG**

Egon Bahr weiter: *»Brandt war empört, daß man von ihm verlangte, „einen solchen Unterwerfungsbrief“ zu unterschreiben. Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß Konrad Adenauer diese Briefe un-*

*terschrieben hatte und danach Ludwig Erhard und danach Kurt Georg Kiesinger.*

*Daß aus den Militärgouverneuren inzwischen Hohe Kommissare geworden waren und nach dem sogenannten Deutschlandvertrag nebst Beitritt zur NATO 1955 die deutsche Souveränität verkündet worden war, änderte daran nichts. Er schloß: „Also habe ich auch unterschrieben“ – und hat nie wieder davon gesprochen.*

*Schon Adenauer hatte seine Anerkennung der alliierten Oberhoheit wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Sie paßte nicht so recht in die Atmosphäre zehn Tage vor der Staatsgründung, und die drei Mächte hatten auch kein Interesse, diese Voraussetzung für den 23. Mai 1949 an die große Glocke zu hängen. Das blieb kein Einzelfall.(...) Die Sieger pochten auf ihre unkündbaren Kompetenzen während dieser ganzen Zeitspanne, natürlich nicht nur vor der Geburtsstunde der Bundesrepublik, sondern auch, als sie 1955 zu Verbündeten wurden. Als ich die Kanzlerbriefe einmal gegenüber dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erwähnte, reagierte er zu meiner Überraschung erstaunt; er hatte von ihnen nichts gewußt. (...)«*

**Bevor Sie zur Wahl gehen, liebe Leser, sollten Sie die Kandidaten aller Parteien fragen, ob sie sicher seien, daß sie frei und ohne Vorbehalte der Alliierten für das Wohl des deutschen Volkes eintreten können!**

**Die Meinungsfreiheit**  
muß man schützen gegen die, die oben sitzen!



Ihr Klick gegen die  
**MEDIEN-  
DIKTATUR:**

<http://www.un-nachrichten.de>  
Informationen: UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

# Soll jetzt auch das deutsche Volk globalisiert werden?



## Verfassungsfeindlicher Verfassungshüter?

Bundesinnenminister Schäuble begründete das Verbot des Vereins »Heimatreue Deutsche Jugend« (HDJ) unter anderem damit, in der Jugendarbeit des Vereins würden die Kinder **»dazu angehalten, für (...) das Fortbestehen des deutschen Volkes und ähnlich verbrecherisches Zeug einzutreten«.**

(»Die Welt«, 31.3.2009  
lt. »Nation Europa«, Mai 2009)

**Soll jetzt also auch noch das deutsche Volk globalisiert werden?**

Wenn wir auch immer noch keine vom Volk beschlossene Verfassung haben, so geht bereits das Grundgesetz für die Bundesre-

publik Deutschland von der nicht veränderbaren Festlegung eines Deutschen Volkes aus. Dementsprechend stellte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 21.10.1987 bindend fest:

**»Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.«**

**»Verbrecherisches Zeug«?**

Das Bekenntnis zur Erhaltung und Identität des Deutschen Volkes als ethnischer, kultureller und seelisch-geistiger Einheit und Ge-

meinschaft ist demnach grundgesetzliche Verpflichtung aller Deutschen und insbesondere aller Staatsorgane sowie der sie tragenden politischen Kräfte.

**»Gott halte seine Hand schützend über uns alle und unsere gemeinsame Welt. Gott segne unser Deutschland. Ich danke Ihnen.«**

Das waren die Schlußworte der Ansprache des am 23.5.2009 wiedergewählten Bundespräsidenten Horst Köhler. Wenn Herr Köhler das gleiche Deutschland meint wie die große Mehrheit der deutschen Bürger, sollte er diesen Innenminister vor aller Öffentlichkeit an seinen Amtseid erinnern!

**VOLKSERHALTUNG VERBRECHERISCH?**

## »Die Hauptstadt Berlin ist bereits gefallen«

Unter dieser Überschrift und unter nebenstehender Fotomontage wurde am 9.12.2008 bei »firmenpresse.de« ein aufsehenerregendes Interview mit Jörns Bühner, Geschäftsführer eines Berliner Unternehmens, veröffentlicht, in welchem er vor dem endgültigen Zerfall Deutschlands warnte.

Das Deutsche Volk ist heute mehr als je in der Geschichte in seinem biologisch-ethnischen Bestand und seiner kulturellen Identität auf das schwerste bedroht. Dieser Bedrohung entschieden entgegenzutreten, gehört zur Verantwortung jedes Deutschen. Der parteilose Berliner nimmt diese Verpflichtung ernst. Hier einige Auszüge:

»Ich wünsche mir, daß mehr Menschen ihr Hirn wieder einschalten und sich zur Wehr setzen und sich nicht phlegmatisch hinter ihrem Ofen und Fernseher verkriechen. In unserem Land brennt es an unendlich vielen Stellen lichterloh, aber die Herde trabt unversehens weiter.«

### Wo brennt es am meisten?

»Überall. Wo soll man anfangen? (...) Wenn man die allgemeine Medienberichterstattung in Deutschland so betrachtet, könnte man meinen, die Einwanderung von Ausländern oder sog. Migranten unterschiedlichster Nation sei dringend notwendig, da sie für die deutsche Wirtschaft und unseren deutschen Arbeitsmarkt unabdingbar sei, weil ansonsten alles zusammenbrechen würde, weil dem deutschen Arbeitsmarkt nicht mehr genug Arbeitskräfte zur Verfügung stünden usw. Das ist völliger Blödsinn und eine politisch grausam initiierte Kampagne. (...) Das deutsche Volk wird systematisch betrogen, ausgesaugt



### Sieht so bald der Reichstag in Berlin aus?

und letztlich ausgerottet und vernichtet. Die Herrschenden in unserem Lande schauen teils zu, teils forcieren sie diesen Prozeß tagtäglich, oft dummdreist, vielfach wohlwissend und entgegen ihres abgelegten Amtseides. Das müßte zu -zigfachen Amtsenthebungsverfahren führen. Leider ist es nicht durchführbar, da gegen Verletzungen des Amtseides nicht juristisch vorgegangen werden kann. Schade. Übrigens, der Amtseid, den ein deutscher Politiker bei Amtsantritt abgeben muß, heißt: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Tja, und der ist dann wohl leider nie da.«

### Sind Sie rechtsradikal?

»Ich sagte es an anderer Stelle ja schon einmal, es ist hochgradig krank, wie mit der Faschismuskeule auf alles eingeschlagen wird, was irgendwie „national“, „konservativ“ oder „rechts“ ist.

Ich bin weder gegen Ausländer, noch habe ich etwas gegen sie. Nicht der Ausländer oder der Inländer sind das Problem, sondern die sich krebsartig ausbreitende Ideologie der „Political Correctness“. Es ist mehr als besorgniserregend, wie sich das vernichtende Geschwür „Political Correctness“ ausbreitet und zu einer Unterdrückungs-ideologie wandelt. Die ungeheure Einflußnahme auf die inneren Angelegenheiten Deutschlands, in die Politik allgemein und auf die öffentliche Meinungsbildung, von ausländischen Verbänden und Gemeinden, wie z.B. die Türkische Gemeinde in Deutschland, dem Zentralrat der Juden, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, um nur ein paar wenige zu nennen, ist unerträglich und so auf gar keinen Fall mehr zu akzeptieren. Kein anderes Land der Welt würde so etwas zulassen.

**Man sagt, wenn die Hauptstadt eines Landes fällt, fällt das ganze Land. Die Hauptstadt Berlin ist bereits gefallen. Man muß nur genau hinsehen und darf nicht mehr die Augen verschließen.«**

**ES DROHT EINE UNTERDRÜCKUNGSINDUSTRIE!**

# **Ist die Globalisierung unumkehrbar? Wehren wir uns mit der Erhaltung unserer Identität!**

**»Es hat keinen Sinn, die Globalisierung durch einen Frontalangriff anzugehen; denn sie ist Teil unseres Geschehens.«**

Der französische Philosoph Alain de Benoist faßt mit diesem Satz zusammen, was jeder sieht und spürt – aber vielleicht nicht akzeptieren möchte. Benoists Analyse des Phänomens der Globalisierung und seine Vorschläge, wie jeder von uns der Globalisierung doch etwas entgegenzusetzen kann, stellen wir nachfolgend zur Diskussion.

Zunächst unternimmt Alain de Benoist den Versuch einer zeitlichen Festlegung des Beginns der Globalisierung heutiger Prägung und ihrer Ursachen und Inhalte.

## **Aufhebung von Raum und Zeit durch den Mauerfall**

Zeitlich verortet Benoist den Beginn der heutigen Globalisierung auf den Fall der Berliner Mauer 1989 und den darauf folgenden Untergang der Sowjetunion. Der Gegensatz zwischen Kommunismus und der sogenannten freien Welt wurde dadurch aufgehoben. Die Grenzen von »drinnen« und »draußen« wurden damit aufgehoben. Der Weg für das westliche System wurde frei.

Erst seitdem sei es möglich, weltweit über alle Staatsgrenzen hinweg Waren, Kapital und auch Menschen nach Belieben zu verschieben.

Damit einher sei die Elektronisierung unseres Lebens gegang-

gen. Diese habe die Abschaffung von Zeit und Raum bewirkt. Was immer auch geschehe, sei nicht mehr an Orte oder zeitliche Verzögerungen gebunden. Der 11.9.2001, die Finanzkrise, aber auch einfache Ereignisse, wie die Fußballweltmeisterschaft 2006 würden weltweit und sofort ihre Auswirkungen nach sich ziehen. Territorien spielen hierbei keine Rolle mehr.

**»Die Macht der Globalisierung ist daher durch nichts mehr begrenzt.«**



Alain de Benoist; Jahrgang 1943; französischer Philosoph und Vordenker der sogenannten Neuen Rechten; Herausgeber und Verfasser mehrerer Zeitschriften und Bücher. Der Beitrag basiert auf seinem Vortrag »Die Globalisierung unseres Erdballs und ihre Folgen«, den er im März 2009 im Rahmen eines Globalisierungsseminars in Franken gehalten hat.

## **Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit des Nationalstaats**

Mit dieser Aufhebung von Raum und Zeit verlieren auch die Nationalstaaten in der Globalisierung an Bedeutung. Sie hätten ihre Zentralität und Legitimation eingebüßt.

Der Verlust der Zentralität sei dadurch gekennzeichnet, daß die heutigen Nationalstaaten immer weniger Handlungsspielraum hätten. Sie seien einerseits zu klein, um den globalen Problemen zu trotzen. Sie seien andererseits zu groß, um noch die Alltagsprobleme des einfachen Bürgers zu bewältigen.

Einfachstes Beispiel sei die Standortproblematik: Wird ein Staat als Wirtschaftsstandort zu teuer, wandert das globalisierte Kapital einfach ab. Was solle der Staat dagegen schon machen?

Der Verlust der Legitimation zeige sich dadurch, daß nichts mehr eine Bindung zwischen Staat und Bürger erzeuge. Parteien, Polizei, einfach nichts mehr, was mit hoheitlicher Gewalt zu tun habe, auf Akzeptanz oder Respekt stoße. Dies sei eine Legitimationskrise der Nationalstaaten.

Die Richtigkeit dieser Beobachtung werde durch die Zugkraft neuer sozialer Bewegungen und durch die zunehmende Politikverdrossenheit bestätigt.

## **Geistiges Wesen der Globalisierung**

Was ist der Geist der Globalisierung? Dies sei laut Benoist der Vorrang des Kommerzes vor allen geistigen Werten.

Der Mensch definiere sich selbst nur noch als Wirtschaftsobjekt, das produziert und konsumiert. Es zähle nur noch Kreditwürdigkeit, Zahlungsfähigkeit und Nachfrage.

Die Globalisierung erstrebe die gewaltsame Vernichtung der Identitäten der Völker im Namen einer Ideologie der Gleichheit.

Die sichtbaren Auswirkungen seien die weltweite Verfügbarkeit gleicher Produkte, die Errichtung gleicher Geschäfte und

sogar die Homogenität des weltweiten Städtebaus.

### **Dynamik und Mächte der Globalisierung**

Die Globalisierungsideologie der Gleichheit sei weltweit in den Köpfen der Menschen verankert. Die Möglichkeit eines Ausbruchs aus diesem Denkschema werde weitestgehend unterdrückt.

»Die Technologie und das Wirtschaftsmodell des Westens werden uns als unausweichliches Schicksal präsentiert«, meint Alain de Benoist. Untermauert werde dies durch die Propaganda der Massenmedien, und auch die Politik rede uns die Richtigkeit dieser Lebensweise fortwährend ein.

Gesichert werde der Bestand der Globalisierung durch den allen Ortes sichtbaren Ausbau des Überwachungsstaates. Bedenklich sei in diesem Zusammenhang auch die Verwischung der Grenzen zwischen Polizei und Armee: Die Polizei werde militarisiert, während die Armee zunehmend »internationale Polizeieinsätze« durchführe.

Triebkraft dieser Entwicklung seien die USA. Alain de Benoist betont jedoch, daß die USA aber nicht die Ursache, sondern eben nur Triebkraft der Globalisierung seien. »Die USA sind selbst nur ein untergeordneter Faktor der Globalisierung«, meint er.

Die Globalisierung sei, so formuliert Benoist ganz als Philosoph, »das Problem in sich selbst.«

Die Globalisierung sei vielmehr ein Problem von Netzwerken. »Die globalisierte Welt ist eine vernetzte Welt!« Wie bereits erläutert, spiele die geographische Verortung keine Rolle mehr. In der Globalisierung gäbe es somit auch kein Zentrum mehr. Krisen und Terrorismus, Kartelle und Verbrechen – sie seien überall zugleich.

Diese Netzwerke haben laut Alain de Benoist keine Draht-

zieher und keine Organisation. Eine streitbare These, aber so sieht er es.

### **Ist die Globalisierung umkehrbar?**

Die Geschichte sei ein offener Prozeß. Ob die Globalisierung überhaupt umkehrbar sei, könne niemand sagen. Tatsache sei laut Benoist jedoch: »**Die Globalisierung wird noch auf Jahrzehnte unser Leben bestimmen.**«

Benoist läßt uns mit seiner Analyse dennoch nicht in Hilflosigkeit und Verzweiflung zurück. Ganz im Gegenteil!

**Er fordert ein Ende des Geggammers, das sich auf ein Gefecht konzentriert, das wir nicht gewinnen können.**

Es sei jetzt ein Bewußtsein nötig, welches das heute und morgen Machbare ins Auge fasse, damit man die Schlachten der Zukunft siegreich gegen die Globalisierung führen könne. Einen Denkfehler sieht Benoist in der Rückkehr zu Abschottung und Bunkermentalität.

### **Mit Identität gegen die Globalisierung**

Wie weiter oben gezeigt, geht Benoist von einem relativen Ende der Nationalstaaten aus. Sie können uns derzeit nicht mehr effizient schützen. Ein Ende dieser Entwicklung sei auf Jahrzehnte nicht in Sicht.

Der identitätszerstörenden Globalisierung stellt Benoist daher die Behauptung der eigenen Identität entgegen. »**Globalisierung bedeutet das Ende der Nationalstaaten, nicht aber das Ende der Identitäten.**«

Die Frage der eigenen Identität dürfe aber kein »Slogan« sein. Was es heißt, Deutscher oder Franzose zu sein, müsse vielmehr auf Grundlage unserer Quellen definiert werden. Die Identität ziehe ihren Charakter z.B. aus Traditionen, die heute aber immer weniger gelebt wür-

den. Unter anderem aus diesen Quellen müsse der europäische Mensch wieder schöpfen. Er dürfe dabei aber nicht nur in die Vergangenheit schauen; denn: »Die geschichtliche Erzählung über das eigene Selbst schreibt sich in jedem Augenblick fort.«

Diesen Anspruch auf die eigene Identität müssen wir laut Benoist der Globalisierung entgegensetzen. **Es sei der Kampf für die Vielfalt der Völker als Reichtum der Menschheit, welcher den Gegenpol zur Gleichmacherei der Globalisierung darstelle.**

Hierzu müßten sich autonome Gruppen auf lokaler Ebene bilden, die auf der Grundlage gleicher Wertvorstellungen eine Zugehörigkeit bilden und sich mit anderen gleichgesinnten Gruppen weltweit vernetzen. »Dem ganz Großen muß das ganz Kleine entgegengesetzt werden«, so Benoist. **Durch die Bildung von Netzwerken würde man die Globalisierung mit den Mitteln bekämpfen, die sie selber nutze.**

Um dieses Ziel zu erreichen, müsse unser ganzes Bewußtsein sich aber darauf einstellen und unsere ganze Lebensweise sich ändern. Es sei z.B. ein völlig verfehelter Denkansatz, ständig darüber zu klagen, daß andere Völker mehr Kinder bekommen, als wir selbst.

Wir müssen uns fragen: »**Warum bekommen wir denn nicht mehr Kinder?**« Weil den Völkern Europas das eigene Auto wichtiger sei als ihre Kinder.

**Hier müsse die Neuausrichtung unseres Denkens beginnen. Hier würden die Grundlagen geschaffen für identitätsbewußte Kräfte, die der Globalisierung trotzen.**

**Am Ende stehe Vielfalt statt Gleichheit, die Niederlage des Kapitals und damit das Ende der Ausbeutung der Erde und ihrer Völker.**



# Der Lissabon-Vertrag: Die ultimative Völkerentmachtung!

**»Der Übergang der Verfassungshoheit der mitgliedstaatlichen Verfassungen auf die Europäische Union und der Übergang der Rechtsprechungshoheit für das mitgliedstaatliche Verfassungsrecht auf den Gerichtshof der Union sind mit dem Grundgesetz unvereinbar.«**

Vor der ultimativen Entmachtung der Deutschen und der Völker Europas durch den Vertrag von Lissabon warnt mit diesem Satz einmal mehr der Staatsrechtler Prof. Dr. Dietrich Murswiek (Uni Freiburg).

Laut Murswiek bilden unter anderem die Artikel 258, 259, 267 AEU (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) in Verbindung mit dem Artikel 2 des EU-Vertrages das Einfallstor dafür, daß künftig der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und das Grundgesetz (GG) zur Bedeutungslosigkeit verdammen wird.

**Art. 2 EU-Vertrag wird in der Lissabonner Fassung lauten:**

*»Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich die Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.«*

Diese Prinzipien seien für die Mitgliedstaaten der EU verpflichtend. Durch den Vertrag von Lissabon werde es erstmalig dem EuGH gestattet sein, die Beachtung dieser Prinzipien im Einzelfall zu prüfen.

*»Die Erstreckung der Gerichtsbarkeit des Unionsgerichtshofes auf die Einhaltung der Werte des Art. 2 EU durch die Mitgliedstaaten hat*

**»Der EuGH neigt systematisch zur größtmöglichen Auslegung und Bejahung von Zuständigkeiten der EU. [...] Die Luxemburger Richter schrecken dabei nicht einmal davor zurück [...], die von Politikern auf europäischer Ebene gesetzten Grenzen von Normen zu überspringen.«**

FAZ-Wirtschaftsredakteur Dr. Joachim Wahn über den Machthunger des EuGH. (NJW, 25/2008)

*äußerst schwerwiegende Konsequenzen.«* Denn nach Murswiek würden diese Werte durch den Lissabon-Vertrag zu umfassend geltenden Rechtspflichten.

*»[Die EU-Staaten] regeln kraft ihrer Souveränität ihre inneren Angelegenheiten. Ihren Völkern steht für die politische Ordnung des jeweiligen Staates die verfassungsgebende Gewalt zu.«* Das war einmal, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Laut Murswiek gehe die verfassungsgebende Gewalt nämlich auf die EU dadurch über, daß die oben genannten Grundwerte rechtlich bindend und einklagbar würden. Denn Art. 2 EU werde dann unmittelbar in den Mitgliedstaaten anwendbar sein. Alles unter Kontrolle des EuGH.

**»Man muß sich darüber im Klaren sein, daß eine echte verfassungsgebende Gewalt bei den Mitgliedstaaten nicht mehr vorhanden ist [...] Die Selbstbestimmung über die eigene Verfassungsstruktur ist der Kern der staatlichen Souveränität. Wenn dieser verloren geht, kann nicht mehr von einem unabhängigen souveränen Staat gesprochen werden.«**

Der EU-Vertrag nach Lissabonner Neufassung werde das GG im Konfliktfall verdrängen. Die Werte des Art. 2 EU würden damit künftig auch in innerstaatlichen Bereichen gelten, für welche die EU gerade keine Zuständigkeit habe. Entscheiden wird darüber dann der EuGH. Das BVerfG werde zum Untergericht degradiert. In Grundrechts- und staatsorganisa-

torischen Fragen werde es künftig den EuGH befragen müssen und sei an seine Vorgaben gebunden. Man werde nicht darauf vertrauen können, daß der EuGH seine neuen Machtmittel zurückhaltend einsetzen werde.

Art. 2 EU verstoße zudem gegen das Gebot der Rechtsstaatlichkeit, da er viel zu unbestimmt und seine Folgen für die BRD gar nicht absehbar seien.

Man könne sich laut Murswiek ausmalen, was los sein werde, wenn der EuGH plötzlich anfange, nationale Gerichte zu korrigieren, weil ihm die Urteile nicht »gerecht« oder »solidarisch« genug seien.

**»Der Gesetzgeber darf einem Vertrag nicht zustimmen, dessen Wortlaut Rechtsfolgen zuläßt, die aus der Sicht des deutschen Verfassungsrechts nicht verantwortet werden können.«**

Trotz alledem hat der Bundestag dem Lissabon-Vertrag zugestimmt! Prof. Dr. Murswiek weiß warum:

**»Die Bundesregierung [hat] in ihrer Denkschrift zum Vertrag von Lissabon das hier erörterte Problem nicht erwähnt, so daß übrigens die Bundestagsabgeordneten nichts [von der Degradierung des GG zu einer Landesverfassung] wissen konnten.«**

Man fragt sich: Wann greifen endlich die Strafgesetze über Landes- und Hochverrat?

(Quelle: Prof. Dr. Dietrich Murswiek, »Die heimliche Entwicklung des Unionsvertrages zur europäischen Oberverfassung« in »Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht«, Ausgabe 8/2009.)

## **Deutsch ins Grundgesetz! Rechtsanspruch auf Deutsch besteht bereits**

**»Öffentliche und private Verlautbarungen haben, wenn nicht vertraglich oder gesetzlich etwas anderes bestimmt ist, nur in deutscher Sprache rechtliche Wirkung.«**

Daß dieser Satz kraft Gewohnheitsrecht Rechtswirkung in der Bundesrepublik Deutschland hat, stellte jüngst der Essener Jurist Prof. Dr. Menno Aden fest. Deutsch im Grundgesetz zu schützen würde juristisch daher keine Neuerung bringen, sei aber dennoch ein Anfang, um »der weiteren Erosion der deutschen Sprache bei uns entgegenzuwirken.«

Prof. Dr. Aden greift damit noch einmal den CDU-Parteitagbeschluss von Ende 2008 auf (vgl. UN 12/08). Während von der CDU erwartungsgemäß von dieser Forderung heute nichts mehr zu hören ist, mißt Aden als Vorstandsmitglied des »Verein Deutsche Sprache« (VDS) dem Thema sehr hohe Bedeutung zu.

Klima und Atemluft hätten bisher keinen Wert gehabt, seien einfach da und somit kein Rechtsgegenstand gewesen. Nun würden diese Güter knapp und gefährdet und plötzlich entständen dafür Preise und entsprechend dazu Rechtsgebiete. **»Die Sprache, für unser geistiges Leben unabdingbar, hat keinen Wert, ist einfach da, ist folglich kein Gegenstand des Rechts. Jetzt ist sie anscheinend gefährdet [...] Jetzt entsteht auch ein Sprachrecht«**, so Aden.

Der Jurist verweist darauf, daß z.B. in Österreich und Frankreich die Landessprachen verfassungsrechtlich geschützt seien. In Frankreich sogar unter Strafandrohung!

Der eingangs erwähnte gewohnheitsrechtliche Rechtssatz, bedauert Aden, habe in Deutschland leider minderes Gewicht.

Dabei kann man Deutsch schon jetzt per Rechtsanspruch durchsetzen. Zur sehr konzentrierte man sich hierzulande jedoch auf geschriebene Gesetze. Der bestehende Rechtsanspruch auf Deutsch wird daher sogar unter Juristen übersehen.

Es wird laut Aden verkannt, daß es kraft des obengenannten Gewohnheitsrechts ein Rechtsverstöß sei, wenn z.B. die »Deutsche Forschungsgemeinschaft« nur in englischer Sprache gestellte Förderanträge bearbeite. Es wird verkannt, daß fremdsprachige amtliche Bezeichnungen rechtswidrig sind (so am Hamburger Hafen und Düsseldorfer Flughafen!). Es wird verkannt, daß auf Betriebsebene ein Recht auf Gebrauch von Deutsch bestehe, auch wenn die Führungsebene internationaler Unternehmen zu Englisch als Leitungssprache verpflichtet worden sei.

Eigentlich, so Aden, reagiere jeder ablehnend oder gar empört darüber, wie Wirtschaft und Staat mit der deutschen Sprache umgehen. **»Es geschieht aber nichts. Deutsche Zivilcourage erschöpft sich heute anscheinend in der tapferen Verurteilung der NS-Zeit. [...] Es ist wie in der Demographiedebatte: Wir wußten seit 30 Jahren Bescheid und wußten nichts. Ein Volk, das sich um seinen Fortbestand nicht kümmert, wird auch für seine Sprache nichts tun.«**

Mit Blick auf »unsere« Vertreter im Bundestag hat Prof. Dr. Menno Aden hierin leider offensichtlich Recht.

Prof. Dr. Aden, Jahrgang 1942, ist Vorstandsmitglied des »Verein Deutsche Sprache« und Vorsitzender der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft Hamburg e.V.«. Zudem gehört er dem »Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache« an. Der vollständige Text von Prof. Dr. Menno Aden ist nachzulesen in »Zeitschrift für Rechtspolitik«, Ausgabe 2/2009.

## **EU-Asylbüro wird eingerichtet**

*»Das Europaparlament hat eine Arbeitserlaubnis für Asylbewerber in der EU bereits nach sechs Monaten gefordert. In Deutschland beträgt die Wartezeit derzeit mindestens ein Jahr. Außerdem verlangte das Straßburger Parlament Vorschriften für „angemessene“ Unterbringung, Kleidung, Nahrung und medizinische Behandlung von Asylbewerbern. Ihren Kindern müsse der Zugang zu Schulen gewährt werden. „Gefährdeten Personen“ wie schwangeren Frauen, Minderjährigen und Opfern von Gewalt sollten die EU-Staaten besonderen Schutz gewähren (...).*

*Das Parlament verlangte ferner Hilfen für EU-Staaten, in denen besonders viele Asylanträge gestellt werden. Hier müsse die Solidarität unter den Mitgliedsländern der EU verbessert werden. Dazu sollten „Teams aus nationalen Experten“ gebildet werden. Zudem soll ein EU-Asylbüro die Koordinierung unter den Mitgliedsstaaten verbessern und die Einhaltung der Mindeststandards überwachen.*

*Ziel sei es, endlich „klare gemeinsame Spielregeln“ bei der Aufnahme von Asylbewerbern zu schaffen, sagte der SPD-Abgeordnete Wolfgang Kreissl-Dörfler. Die Vorschläge gehen nun an den Ministerrat. Parlament und Rat entscheiden in der Frage gemeinsam, sie müssen sich daher auf eine gemeinsame Position einigen. Die Verhandlungen darüber werden nicht vor der Europawahl im Juni aufgenommen (...).*

afp, 7.5.2009

# Rechte Gewalt gegen Polizisten?

»Gewaltbereite Neonazis greifen zunehmend Polizisten an. Das ist eine neue Strategie«, so Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gegenüber der »Welt am Sonntag« vom 28.12.2008. »Rechtsextreme müssen sich beobachtet fühlen«, so Freiberg weiter.

Bereits in einer Pressemitteilung vom 15.12.2008 äußerte er: »Auch in der rechten Szene ist es die neue Strategie, direkt gegen Polizisten vorzugehen« und »Die Rechten werden immer dreister, immer gewalttätiger. Sie schrecken vor nichts zurück, wenn sie auch nur die Chance haben und die Polizei gerät immer mehr ins Visier rechter Gewalt«.

Ob Herr Freiberg paranoid ist oder nur das von sich gibt, was ihm von wem auch immer vorgegeben wird, lassen wir dahingestellt.

In München wurde allerdings das genaue Gegenteil festgestellt.

Das ergab die Antwort des Münchner Kreisverwaltungsreferenten Dr. Wilfried Blume-Beyerle auf eine Anfrage von Karl Richter, Stadtrat der »Bürgerinitiative Ausländerstopp«, die dieser unter der Überschrift »Angriffe extremistischer Gewalttäter auf Münchner Polizisten« am 19.2.2009 einbrachte.

Auf Richters Frage nach der Zahl politisch motivierter Übergriffe auf Münchner Polizeibeamte im Jahr 2008 heißt es in der Antwort aus dem Kreisverwaltungsreferat wörtlich:

**»Für das Jahr 2008 konnten 44 politisch motivierte Gewaltdelikte zum Nachteil von Polizeibeamten festgestellt werden. (...) 43 Delikte waren der politisch motivierten Gewaltkriminalität – links – zuzuordnen, und 1 De-**

**likt (...) konnte dem Phänomenbereich „Ausländerkriminalität“ zugeordnet werden.«**

»Rechte Gewalt« gegen Polizisten war also in München unbekannt. In anderen deutschen Städten fiel die Antwort wohl ähnlich aus, würde jemand die entsprechende Frage stellen.

## Was nun, Herr Freiberg?

Kann es sein, daß auch Sie eine angebliche Gefahr heraufbeschwören, die gar nicht existiert oder ist der »Kampf gegen rechts« eine heilige Kuh, die es um jeden Preis zu erhalten gilt?

Haben Sie sich schon einmal gefragt, ob möglicherweise ein Zusammenhang bestehen könnte zwischen den verschleuderten Steuermitteln im »Kampf gegen rechts« und linksautonomen Gewaltexzessen wie am 1. Mai?

## Liebe Leser, ganz privat:

**Die Ferien stehen vor der Tür** und Sie, liebe Leser, möchten wieder einen ganzen Schwung UN-Werbung mit an den Urlaubsort nehmen? Dann empfehlen wir Ihnen das dieser Ausgabe beiliegende Faltblatt, auf neudeutsch »Flyer«. Wir haben eine Auswahl aus den vergangenen zwölf »UN-Monaten« zusammengestellt und in großer Auflage drucken lassen. Eilige Bestellungen bitte telefonisch oder per Fax an nebenstehende Nummern.

**»Schildbürgerstreich gegen rechts«:** Ein junger Künstler bekommt vom Schulleiter und vom Förderverein den Auftrag, im Speisesaal ein etwa 30 qm großes Wandgemälde anzubringen. Nachdem das Bild fertig ist und der Termin für die Einweihung steht, wird diese plötzlich abgesagt. Grund: der Künstler wäre ein »Rechter« – er sei ehemaliger Burschenschafter und Mitarbeiter der Pro Chemnitz/DSU-Stadtratsfraktion.

Eilends wurde ein »Holocaust-Überlebender« angekartt, der das Kunstwerk entsetzt ablehnen sollte. Als dieser jedoch nichts Anstößiges fand, kam dem CDU-Bürgermeister die rettende Idee: »Der Schulleiter und der Förderverein können nicht einfach so etwas in Auftrag geben, ohne den Träger zu informieren.« Träger ist die Stadt und deshalb mußte es weg! Finanziert wurde es ja »nur« über Spenden ...

Schilda grüßt Chemnitz, meinen

*Ihre UN-Mitarbeiter*

## ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen  
Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: [info@un-nachrichten.de](mailto:info@un-nachrichten.de)

### Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>  
<http://www.un-archiv.de>

### Impressum:

Herausgeber:  
Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.  
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:  
Annette Kruse (verantw.) und wechselnde  
Mitarbeiter und Einsender

Kein gewerbliches Unternehmen.

Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

### Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

**Aktuelle Wirtschaftsdaten****Erwerbstätige:**

März 2009: 39,876 Millionen <sup>1)</sup>  
 April 2009: 39,961 Millionen <sup>1)</sup>

**soz.-versich.-pfl. Beschäftigte:**

Februar 2009: 27,303 Millionen <sup>1)</sup>  
 März 2009: 27,344 Millionen <sup>1)</sup>

**Offizielle Arbeitslosigkeit:**

April 2009: 3.584.798 <sup>1)</sup>  
 Mai 2009: 3.458.028 <sup>1)</sup>

**Leistungsempfänger:**

ALG, ALG II und Sozialgeld

April 2009: 7.937.508 <sup>1)</sup>  
 Mai 2009: 7.901.232 <sup>1)</sup>

**Offene Stellen:**

April 2009: 495.242 <sup>1)</sup>  
 Mai 2009: 490.174 <sup>1)</sup>

**Staatsverschuldung:**1.576.255.323.531 <sup>2)</sup>**Schuldenzuwachs pro Sekunde:**4.439 Euro <sup>2)</sup>**Schulden pro Kopf:**

18.05.2009: 19.106 <sup>2)</sup>  
 09.06.2009: 19.209 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Bundesagentur für Arbeit, 9.6.2009<sup>2)</sup> Bund der Steuerzahler, 9.6.2009**Steuergelder für Karstadt?**

Die »Karstadt Warenhaus GmbH« mit 91 Waren- und 32 Sporthäusern ist eine vollständige Tochtergesellschaft der Arcandor AG (bis 30.6.2007 KarstadtQuelle AG).

Laut »Financial Times Deutschland« gehört die Arcandor AG zu 28,6 Prozent der größten deutschen Privatbank Salomon Oppenheim jr. und zu 26,6 Prozent Madeleine Schickedanz. 2,3 Prozent befinden sich im Eigenbesitz der Arcandor AG und 42,5 Prozent im Streubesitz.

Nach jahrelangen wirtschaftlichen Mißmanagement steht das Unternehmen nun vor dem Bankrott und bittet den Staat um einen Sofortkredit von 437 Millionen Euro und eine Bürgschaft von weiteren 650 Millionen Euro, um fällige Kreditraten begleichen zu können.

Anfang 2008 hatte Arcandor knapp 50 Prozent ihres Anteils an den Geschäftsimmobilien an ein Konsortium aus Goldman Sachs, der Deutschen Bank, Pirelli und der Generali-Versicherung für 800 Mil-

lionen Euro zur kurzfristigen Liquidität völlig unter Wert veräußert.

Die monatlichen Mietzahlungen an die neuen Eigentümer betragen 23 Millionen Euro.

Fünf Karstadt-Häuser wurden an den Oppenheim-Esch-Fonds verkauft (an dem der frühere Arcandor-Chef Middelhoff und seine Frau Anteile halten) und dann zu überhöhten Preisen zurückgemietet.

Tausende Karstadt-Mitarbeiter demonstrierten in Berlin vor dem Wirtschaftsministerium, um den Forderungen des Unternehmens Nachdruck zu verleihen.

Der Steuerzahler sollte für eine verfehlte Unternehmenspolitik aufkommen, während die Haupteigentümer des Unternehmens, Oppenheim (Bankvermögen 2006: 149 Milliarden Euro) und Frau Schickedanz (Privatvermögen 2008: 3,9 Milliarden Dollar), sich bedeckt hielten.

**Warum demonstrierten die Angestellten nicht dort um finanzielle Unterstützung?**

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

**FÜR IHRE BESTELLUNG:**

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Geb.am/Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: \_\_\_\_\_

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herr/Frau)

**EINZUGSERMÄCHTIGUNG**

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

 monatlich  vierteljährlich halbjährlich  jährlich einmalig ab: \_\_\_\_\_

Betrag: \_\_\_\_\_ Euro

Meine Bank/Sparkasse: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Anschrift/Unterschrift: \_\_\_\_\_

UN-Adressnr.: \_\_\_\_\_